Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62. Dienstag, den 15. März 1898 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Arbeitszeit in Konservenfabriken.

Jeden Sommer zur Zeit der Gemüse-Ernte beginnt für die Konservenfabrikation die kurze, aber arbeitsreiche Saison. Wenn während der übrigen Jahreszeit die Zahl der Arbeiterinnen in einer Konservenfabrik noch nicht ein Dutzend beträgt, so schwillt sie jetzt auf hunderte an. Im Verlauf von acht Wochen muß der neue Vorrath frischer Gemüse aufgearbeitet werden. Da ist kein Aufschub möglich, soll nicht das Rohmaterial über Nacht verfaulen und unbrauchbar werden. Die Konservenfabrikation ist ein Saisongewerbe durch und durch. Für sie ist in den Wochen des reifenden Sommers die Ausnutzung jeder Minute das dringendste Bedürfniß. Wer z. B. in Braunschweig sich während einer Kampagne umsieht, der wird zunächst die äußerst lebhafte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften wahrnehmen. Zu hunderten werden Arbeiterinnen angenommen und ohne Auswahl werden alte und junge Personen zugelassen, falls sie nur gegen billigste Löhne und lange Arbeitsdauer keinen Einspruch erheben. Wie lebhaft gerade in Braunschweig die Kampagne in den meisten Jahren ist, das beweist die Thatsache, daß zur Bewältigung der Arbeit selbst die Prostituirten herangezogen werden. Es besteht daselbst nämlich die eigenthümliche Einrichtung, daß die wegen eines geringen Verstoßes gegen die Polizeivorschriften inhaftirten Prostituirten in der Sommerzeit gehalten sind, im Gefängnisse Gemüse für Konservenfabriken zu putzen und zuzurichten — gewiß ein Beweis, daß die Arbeit sehr dringlich sein muß, wenn man sogar diese Hülfskräfte nicht entbehren kann.

So lange nun die Arbeitszeit für weibliche Arbeitskräfte nicht beschränkt war, so lange war es für die Fabrikanten leicht, durch die krasseste Ueberarbeit die zugeführten Gemüsemengen von Tag zu Tag aufzuarbeiten. Als aber die Verkürzung der Arbeitszeit auf elf Stunden eintrat, da war Holland in großer Noth. Auf die verschiedenste Weise wurden und werden die gesetzlichen Bestimmungen umgangen. Entweder man sucht der Polizei ein Schnippchen zu schlagen und arbeitet ruhig in die Nacht hinein. Der Verschwiegenheit seiner Arbeiterinnen ist man versichert. Man läßt es darauf ankommen, ob die Polizei die Sache merkt. Schlimm wird es dann nicht; man bezahlt die niedrige Strafe und versucht das Manöver von neuem. Ein zweiter Weg, die Arbeitszeit bis in infinitum auszudehnen ist der, daß die Beschäftigung in der Fabrik zwar zur Zeit beendet, den Arbeiterinnen aber ein ganzer Berg von Gemüse, gut abgewogen, mit nach Hause gegeben wird, damit sie dort die Nacht hindurch weiter arbeiten. Arbeiterinnen, die sich darauf nicht einlassen, können sich in einer Fabrik einfach nicht halten. Dieser Weg ist für unsaubere Fabrikanten der rentabelste, aber für Gemüse-Esser der unappetitlichste. In welchen Räumen und unter welchen Nebenumständen wird da des Nachts das Gemüse geputzt! Schreiber dieser Zeilen hat lange Zeit danach, nachdem er persönlichen Einblick in diese Verhältnisse gewonnen hatte, auf jeden Genuß Braunschweiger Konserven verzichtet. Der einzig gesetzliche Weg, Ueberarbeitszeit zu erlangen, ist endlich der, daß man sich an die Aufsichtsbehörde wendet, die mit Genehmigung von solchen Anträgen wahrlich nicht kargt. Aber einmal sind manche Fabrikanten zu bequem, solche Anträge überhaupt zu stellen, sodann aber ist die Ansicht verbreitet, daß die gewährte Ueberarbeit also bis zu 13 Stunden täglicher Arbeitszeit innerhalb 40 Tage, nicht hinreiche, die täglich zugeführte Menge frischen Gemüses jeder Zeit voll und ganz aufzuarbeiten. Die Klagen der Konserven-Fabrikanten sind mit den Jahren immer lauter geworden und gipfeln in der Behauptung, daß mit den jetzigen Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit nicht auszukommen sei. Es ist nun anzunehmen, daß diese Klagen im Bundesrath Gehör gefunden haben. Denn mit nichts anderem kann der Entwurf sich befassen, den der Bundesrath in seiner Sitzung vom 3. März dem zuständigen Ausschuß überwiesen hat. Man weiß nichts weiter, als daß er Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservenfabriken enthält. Da es eine Thatsache ist, daß auf Grund des 138 a den Konservenfabriken seitens der unteren und höheren Verwaltungsbehörden die weitgehendste Bewilligung von Ueberarbeit zugestanden wird, so scheint die Absicht zu bestehen, von Reichs wegen ein für allemal generell den Konservenfabriken für die Dauer der Saison die unbeschränkteste Anwendung von Ueberarbeit zu gestatten. Der Bundesrath wird also von § 139a, 4 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen. Nach dieser Bestimmung ist der Bundesrath ermächtigt, für Fabrikationszweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfniß eintritt, Ausnahmen der allgemeinen Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit für Arbeiterinnen mit der Maßgabe zuzulassen, daß die tägliche Arbeitszeit dreizehn Stunden, an Sonnabenden zehn Stunden nicht überschreitet. Die Erlaubniß zur Ueberarbeit für mehr als vierzig Tage darf jedoch nur dann ertheilt werden, wenn die Arbeitszeit so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Nach den Darstellungen der Fabrikanten mag allerdings ein Bedürfniß nach konstanter jährlicher Ueberarbeit zu bestehen scheinen. Aber vom Standpunkte der Arbeiter muß ein solches Verlangen als unberechtigt bestritten werden. Ueberarbeitszeit trotzdem zu bewilligen, könnte nur dann begreiflich erscheinen, wenn in der That die Herstellung der Konserven in den Sommermonaten nur unter Anwendung von Ueberarbeit möglich wäre. Nun wird man wohl zugeben müssen, daß bei der unorganisirten Art und Weise, wie heute die Gemüsezufuhren bewerkstelligt werden, es jetzt allerdings vorkommt, daß an manchen Tagen, ja während mancher Wochen Tag und Nacht gearbeitet werden muß, sollen die Vorräthe nicht anfaulen. Aber grade dieses ungesunde Verhältniß gilt es zu beseitigen, nicht noch zu verschlimmern. Eine gut geleitete Konservenfabrik, an deren Spitze ein umsichtiger Geschäftsmann steht, kann aber die Zufuhren von Gemüse so vertheilen, daß er Tag für Tag ein gleich großes Quantum Gemüse bekommt, das er sofort mit den vorhandenen Arbeitskräften in 11 Stunden aufarbeiten kann. Auch hier ist es nicht ausgeschlossen, daß aus Gründen der Temperatur an einigen Tagen die Zufuhr erheblich größer, also auch Ueberarbeit erforderlich wird, aber solche Ausnahmefälle können dann die Regel nicht erschüttern, wonach in elf Stunden die Vorräthe täglich gut aufgearbeitet werden können. Was aber einer gut geleiteten Fabrik möglich ist, sollte man das nicht von anderen Fabriken gleichfalls verlangen können, namentlich da es sich darum handelt, ein Gesetz zu durchbrechen, das zum Schutze der weiblichen Arbeitskräfte gegeben wurde? Sollen die Arbeiterinnen für Fehler der Fabrikanten ihre Gesundheit opfern müssen? Liegt es nicht vielmehr im Interesse einer vernünftigen Sozialpolitik, die Fabrikanten durch verschärfte Anwendung der geltenden Bestimmungen zu nöthigen, dafür Sorge zu tragen, daß sie besser einkaufen lernen und die Materialzufuhren, der Zahl der Arbeitskräfte entsprechend, zu regeln verstehen? Frühzeitige Kaufabschlüsse mit den Gemüselieferanten, denen bestimmte Liefertage angegeben werden, ermöglichen es bei einiger Disposition, daß das tägliche Arbeitsquantum nicht überschritten zu werden braucht. Anbau, Pflege und Ernte der Gemüse werden dadurch gleichfalls geregelt und die Mißstände in der Konservenfabrikation bis auf ein Minimum reduzirt.

Nach alledem würden wir es für verkehrt und für einen Rückschritt unserer Sozialpolitik halten, wenn der Bundesrath den Wünschen der Konservenfabrikanten nachkommen sollte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Sammelaufruf ist jetzt offiziell erschienen. Sein Wortlaut weicht nur ganz unwesentlich von der schon vor einiger Zeit mitgetheilten Fassung ab. Der Aufruf trägt etwa 1500 Unterschriften. Die Mitglieder der konservativen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages, ebenso die Antisemiten sind ziemlich vollzählig unter dem Aufruf zu finden. Dagegen haben von den Nationalliberalen nur rund die Hälfte unterschrieben. Von den 48 nationalliberalen Reichstagsabgeordneten fehlen folgende 25: Abt, v. Benda, v. Bennigsen, Boehme, Brünings, Brunck, Clemm, v. Cuny, Dresler, Enneccerus, Feddersen, Fink, Hammacher, Hosang, Jebsen, Krüger, Kruse, Osann, Quentin, Rothhart, Schmidt-Reichenbach, Schulze-Herne, Siegle, Valter und der Hospitant Bostetter. Von den 84 nationalliberalen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses fehlen 42, also genau die Hälfte. Die 42 Nichtunterzeichner unter den Landtagsabgeordneten sind: Bachmann, Beinhauer, Beleites, v. Benda (R.), Bueck, v. Cuny (R.), Dietz (Brömberg), Eilert, Enneccerus (R.), v. Eynern, Gleive, Groth, Hagelberg, Hammacher (R.), Hobrecht, Holtermann, Honermann, Jürgensen, Jungheim, Kelders, v. Knapp, Dr. Krause (Waldenburg), Krawinkel, Kruse, Lotichius, Meinecke, Messling, Meyer, Nölle, Olzem, Oswalt, Reichardt, Reimnitz, Schelm, Schultz (Bochum), Schulze-Steinen, Schulze-Velzinghausen, Schweckendieck, Seer, Seyffarth (Magdeburg), Volckers und Wurmbach.

Das Zentrum hat sich vor dem Gesammeltwerden bewahrt. Die Parlamentarier dieser Partei fehlen vollständig unter dem Aufruf. Es wird jedoch berichtet, daß im letzten Augenblick der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Graf Hompesch noch unterschrieben haben soll. Von bekannten zum Zentrum zu rechnenden Personen sind unter den Unterzeichnern nur zu finden: Frhr. v. Landsberg-Steinfurt, Vorsitzender des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Westfalen, Dr. jur. Frhr. v. Landsberg-Velen, Präsident des Westfälischen Bauernvereins, Graf Loe-Wissen, Vorsitzender des Rheinischen Bauernvereins, und Landesökonomierath Winkelmann zu Haus Köbbing, stellvertretender Vorsitzender des Westfälischen Bauernvereins. Auch der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe, die Herren v. Ploetz, Dr. Rösicke und Dr. Hahn haben ihre Unterschriften gegeben. Sie konnten es ja auch mit gutem Gewissen, denn nach dem Sammelaufruf heißt es: Agrarisch ist Trumpf!

Der erste „Erfolg“ der Sammelpolitik ist also eine Zersprengung der Nationalliberalen, die, nach den Unterschriften zu urtheilen, in zwei gleich starke Theile auseinander gefallen sind. Das offizielle Organ der Partei, die „Nationall. Korresp.“, versucht das zwar noch nach Möglichkeit zu verschleiern, indem es bestreitet, daß zwischen den Mitgliedern der Fraktion, welche den Aufruf unterzeichnen und welche nicht, irgend eine Differenz bezüglich der Auffassung des Aufrufs bestehe. Auch die Freistellung der Unterzeichnung des Aufrufs durch die am Freitag mitgetheilte Erklärung der nationalliberalen Fraktionen kann den Riß nicht mehr verdecken. Die Hälfte der Nationalliberalen ist in die agrarische Falle gegangen und hat sich einfangen lassen für den von der „Nationalztg.“ richtig gekennzeichneten Zweck: „die Mitglieder der nationalliberalen Partei an selbstständigem wirthschaftspolitischen Auftreten bei den Wahlen zu hindern, und andererseits über die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe zeitweilig ein Dämmerlicht zu verbreiten, in welchem dieselben minder gefährlich erscheinen.

Nun man die nationalliberalen Mäuslein in der Falle hat, halten die Plötz und Konsorten es nicht mehr für nöthig, mit ihren Absichten hinterm Berge zu halten. Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt offenherzig: es sei nicht nöthig, Forderungen aufzugeben, sondern nur die Form zu finden, mit der die anderen Gruppen einverstanden seien. Beispielsweise hat die Industrie langfristische Verträge für nöthig gehalten. Die Landwirthschaft wird diese Frage prüfen und eventuell die Industrie unterstützen können, wenn die landwirthschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere Getreide, von der langjährigen Bindung ausgeschlossen würden.

Und nicht nur der wirthschaftlichen, auch die politischen Reaktion soll die Sammlung dienen. Die Zentrumspresse, die auf die Wählermassen aus den unteren Volksschichten Rücksicht nehmen muß, erklärt sich deshalb entschieden gegen die Sammelpolitik. So schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Wenn trotzdem die Arbeit unermüdlich fortgesetzt wird, so können nur partei-politische Pläne dahinter stecken. Das ist in erster Linie die Herausdrängung des Zentrums aus seiner ausschlaggebenden Stellung; ein Kartell soll wieder herrschen. Sehr lieb wäre es Herrn v. Miquel, wenn er zugleich erreichen könnte, daß die Konservativen und die Freikonservativen eine Mehrheit für sich allein bilden

könnten. Im Reichstage ist das nicht gut möglich; darum braucht man dort nothwendig die Nationalliberalen; dagegen sind diese vielleicht so gutmüthig, sich selbst im Abgeordnetenhause auszuschalten, indem sie den Konservativen noch zu den paar Mandaten helfen, die ihnen an der Mehrheit fehlen. Die Zentrumspartei wird bei den Wahlen Alles daransetzen müssen, eine Kartellmehrheit im Reichstage und eine konservativ-freikonservative Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause zu verhindern."

Und der „Westf. Merkur" erklärt treffend: „Es handelt sich um die Wiederherstellung des alten Kartells unter neuem Namen; es soll eine Bismarck-Mehrheit geschaffen werden, die Herr v. Miquel für den allerneuesten Kurs auszunutzen gedenkt. Das Wohl der Landwirthschaft ist nur Vorwand; die Handelsverträge stehen noch in weitem Felde. Die „praktischen Ziele" sind: Kartellmehrheit, Vereinsgesetz à la Recke, Beschränkung des Reichstagswahlrechts, neue indirekte Steuern. Wer diese schönen Sachen liebt, der mag für den „Aufruf" schwärmen!"

Der Parole „Sammelpolitik", die von den Reaktionären ausgeht, setzt die demokratische „Frankf. Ztg." folgende Mahnung entgegen:

„Würde das Ziel einer „nichts-als-reaktionären" Mehrheit im Reichs- und Landtage erreicht, wer zweifelt auch nur einen Augenblick an dem dann beginnenden Ansturm auf die besten und werthvollsten Volksrechte, für den ja schon wacker vorgearbeitet worden ist! Nicht die Regierungen, „Volksvertreter" haben die unselige Verlängerung der Legislaturperioden durchgesetzt! Das darf man nie vergessen. Und wie steht es in der Sozialdemokratie? Diese Partei hat nach den Aeußerungen des „Vorwärts" ein volles Verständniß für die Gefahren der Lage, man hat von ihr die nachhaltige Unterstützung aller anti-agrarischen Bestrebungen zu erwarten. Diese Unterstützung darf aber keine einseitige sein. Wir haben schon einmal zahlenmäßig nachgewiesen, wie viele Reaktionäre im Reichstage sitzen, weil sich die freisinnigen und leider auch in einzelnen Orten die demokratischen Wähler nicht entschließen konnten, ihre Stimmen in der Stichwahl den Sozialdemokraten zu geben. Solche groben politischen Fehler dürfen nicht mehr gemacht werden, und wenn jetzt z. B. in Hanau, wie es heißt, Nationalliberale und Konservative wieder praktiren, so kann man den Freisinnigen nur dringend rathen, das Gleiche mit ihren Nachbarn zur Linken zu thun, dann ist dieser Wahlkreis der Reaktion endgültig entrissen."

Gut gemeint; aber die „Frankf. Zeitung" sollte die politische Einsicht der freisinnigen Wähler doch besser kennen!

Ueber die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Konservenfabriken hat der Bundesrath unterm 11. März d. Js. folgende Verordnung erlassen:

I. In Konservenfabriken dürfen bei der Herstellung von Gemüse- und Obstkonserven in den Zeiten des Jahres, in denen ein vermehrtes Arbeitsbedürfniß eintritt, Arbeiterinnen über 16 Jahre an den Werktagen mit Ausnahme der Sonnabende, abweichend von den Bestimmungen des § 137 Absatz 1 und 2 der Gewerbe-Ordnung, unter den nachstehenden Bedingungen beschäftigt werden:

1. Die tägliche Arbeitszeit darf dreizehn Stunden nicht überschreiten und nicht in die Zeit von 10 Uhr Abends bis 5½ Uhr Morgens fallen.

2. Werden Arbeiterinnen über sechszehn Jahre auf Grund dieser Bestimmungen an mehr als vierzig Tagen im Betriebsjahr über die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt, so ist die Arbeitszeit der Arbeiterinnen für den Betrieb oder die betreffende Abtheilung des Betriebes so zu regeln, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Als Betriebsjahr gilt die Zeit vom 1. Mai bis zum 30. April des folgenden Kalenderjahres.

3. An einer in die Augen fallenden Stelle der Betriebsstätte ist eine Tafel auszuhängen, auf der der Betriebsunternehmer oder der von ihm Beauftragte noch an demselben Tage, an welchem Ueberarbeit stattfindet, neben dem Datum die Zahl der Arbeitsstunden einzutragen hat, während welcher Arbeiterinnen über sechszehn Jahre in dem Betrieb oder der betreffenden Betriebsabtheilung beschäftigt werden.

4. Findet Ueberarbeit an mehr als vierzig Tagen im Betriebsjahre statt, so werden bei der Feststellung, ob die Ueberarbeit durch Minderarbeit an anderen Tagen des Betriebsjahres ausgeglichen ist (Ziff. 2), für die Tage ohne Ueberarbeit die gemäß § 138 Abs. 2 a. a. O. der Ortspolizeibehörde gemachten Angaben über die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiterinnen zu Grunde gelegt, soweit nicht der Betriebsunternehmer eine geringere Arbeitsdauer nachweist. Dieser Nachweis kann jedoch nur dadurch erbracht werden, daß die Zahl der Arbeitsstunden, während welcher Arbeiterinnen über sechszehn Jahre in dem Betrieb oder der betreffenden Betriebsabtheilung beschäftigt werden, nach den Vorschriften der Ziffer 3 auch für Tage mit Minderarbeit auf der daselbst vorgeschriebenen oder auf einer anderen in gleicher Weise ausgehängten Tafel eingetragen ist.

II. Die Befugniß der unteren Verwaltungsbehörden, nach Maßgabe des § 138 a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung Ueberarbeit zu gestatten, bleibt für die Sonnabende unberührt.

III. In den Räumen, in denen Ueberarbeit stattfindet, muß auf oder neben der durch § 138 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Tafel ein Aushang angebracht sein, welcher in deutlicher Schrift die Bestimmungen unter I wiedergiebt.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Mai 1898 in kraft und haben bis zum 30. April 1908 Gültigkeit.

Die Befürchtungen, die wir in unserm heutigen Leitartikel äußern, haben sich vollinhaltlich bestätigt.

Das Recht zu dieser unerfreulichen Verordnung gewährt dem Bundesrath der § 139 a der Gewerbe-Ordnung. Bedauerlich ist es nur, daß er von seiner Befugniß in diesem Falle Gebrauch machte. Aber wir leben ja in der Zeit, wo die Berücksichtigung der Unternehmerinteresse in erster, der Arbeiterschutz in zweiter Linie steht. Die Verordnung ist von dem Grafen v. Posadowsky als Stellvertreter des Reichskanzlers unterzeichnet. Sie konnte keine passendere Unterschrift finden.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands wird in der Woche vom 3. bis 8. Oktober im Dinkelacker'schen Saalbau in Stuttgart abgehalten.

Mit der Einigkeit der Zentrumsfraktion in der Flottenfrage ist es augenscheinlich nicht weit her; es klafft ein bedenklicher Riß zwischen den Marine-Schwarzen um Lieber einerseits und den süddeutschen und rheinischen Zentrumsmännern andererseits. Offenbar sind Letztere der Meinung, daß neudeutscher Evangeliumkurs und die Interessen der Katholiken zwei grundverschiedene Dinge seien. Diesem Zustand gegenüber verlangt nun die „Köln. Volks-Ztg.", daß wenigstens jetzt innerhalb der Fraktion die Verständigung mit dem ganzen Ernste angestrebt werde, welchen die Vorlage selbst und fast mehr noch die gesammte innerpolitische Lage erheischt. Es ist in hohem Grade erfreulich, zu hören, daß die Fraktionsberathungen mit voller Ruhe und Sachlichkeit sich vollzogen haben. Hoffen wir, daß auf allen Seiten insbesondere auch die Selbstverleugnung bethätigt werde, ohne welche man in einer Lage wie die gegenwärtige nicht zurechtkommt. Die hervorragendsten Führer der Fraktion haben oft in kritischen Momenten das Beispiel dieser Selbstverleugnung gegeben. Konkret gesagt: In der jetzt zur Entscheidung stehenden Frage dürfen weder diejenigen Mitglieder der Fraktion, welche das weitestgehende Entgegenkommen bethätigen möchten, noch diejenigen, welche sich schlechthin ablehnend verhalten, schroff auf ihrem Standpunkte verharren, vielmehr muß die Einigkeit der Fraktion auf jener Mittel-Linie gesucht und gefunden werden, auf welcher sich so oft das Zentrum in wichtigen, für die Gesammtstellung der Fraktion bedeutungsvollen Fragen nicht kirchenpolitischer Natur zusammengefunden hat. Ein einmüthig von der Zentrums-Fraktion gefaßter Beschluß hat immer die Vermuthung für sich, ein weiser Beschluß zu sein; jedenfalls werden auch diejenigen Parteigenossen, deren Wünschen er nicht oder nicht vollständig entsprechen sollte, immer geneigt sein, gegenüber demselben auch ihrerseits die Selbstverleugnung zu bethätigen, ohne welche es nun einmal auch im politischen Leben nicht abgeht."

Also ein Kompromiß der verschiedenen Richtungen! Wir sind neugierig, wie dieser ausfallen wird und wie — vorausgesetzt, daß er zu Stande kommt — der „staatsmännische" Herr Lieber damit operiren kann.

Wie das preußische Wahlrecht sich vertheilt, schildert die „Germania" wieder an einem drastischen Beispiel: „Die Stadt Gronau in Westfalen, welcher vor Kurzem Stadtrechte verliehen worden sind, hat eine neue Stadtverordnetenversammlung, aus 24 Mitgliedern bestehend, zu wählen. Die erste Wählerklasse, welche acht Stadtverordnete zu „wählen" hat, besteht aus zwei Wählern, den Fabrikbesitzern M. und G. van Delden. Die zweite Wählerklasse, welche ebenfalls acht Stadtverordnete zu „wählen" hat, besteht aus vier Wahlberechtigten und diese sind zwei Söhne des Herrn M. van Delden, ein Sohn des Herrn G. van Delden und der Compagnon des Letzteren. Alle anderen Wähler der Stadt Gronau, und darunter befinden sich auch zahlreiche wohlhabende Leute, wählen in der dritten Wählerklasse zusammen auch nur acht Stadtverordnete. Also: Die sechs Personen aus den beiden Familien van Delden „wählen" 16 Stadtverordnete, die Tausende von Wählern der dritten Klasse haben über die Drittel-Minorität von acht Stadtverordneten einen Wahlkampf zu bestehen! Die Sache ist „naar", wird man in Gronau sagen, aber sie ist in Wirklichkeit schlimmer: sie ist närrisch, sie ist ein Hohn auf das Wahlrecht und stellt die Ungeheuerlichkeit des plutokratischen Kommunalwahlrechts öffentlich an den Pranger. Wird die Regierung nicht endlich sich dazu entschließen, einer Reform dieses unhaltbaren Wahlrechts, wie sie bereits beantragt worden ist, zuzustimmen?"

Die Antwort könnte sich die „Germania" selbst geben. Die Miquel, Schönstedt, v. d. Recke 2c. werden auch für die beschränkteste „Reform" nicht zu haben sein, die den Einfluß der Minderbegüterten stärkt. Am preußischen Wahlgesetz ist mit Flickereien überhaupt nichts zu bessern. Da kann nur die Abschaffung des ganzen Systems und der Ersatz durch das Allgemeine gleiche Wahlrecht helfen. Dafür ist aber auch das Zentrum nicht zu haben.

Unter'm neuesten Kurs. Im Februar wurde von deutschen Gerichten gegen deutsche Arbeiter in Prozessen politischer oder gewerkschaftlicher Natur erkannt insgesammt auf 2 Jahre 3 Monate Gefängniß- und 1066 Mk. Geldstrafe.

England.

Die ostasiatische Frage macht den englischen Staatsmännern und Parlamentariern viel Kopfzerbrechen. Auch am Donnerstag widmete das Unterhaus wieder einen Theil seiner Sitzung der Erörterung dieser Frage. Der Parlamentssekretair Curzon erklärte dabei, die Mandschurei sei nicht eine der 18 Provinzen des eigentlichen China, aber sicher ein integrirender Thril der Besitzung des chinesischen Kaisers. Der britische Botschafter in St. Petersburg sei vom Minister des Aeußern, Murajew, benachrichtigt worden, daß Rußland mit China wegen der Pachtung Port Arthurs und Talienwans auf eine gewisse Anzahl von Jahren sowie wegen des Baues einer Eisenbahn nach Talienwan oder Port Arthur unter denselben Bedingungen wie bei der Mandschureibahn unterhandle. Die russische Regierung fordere keine souveränen Rechte über jene Häfen und habe nicht damit gedroht, Truppen in die Mandschurei zu entsenden. Murajew habe erklärt, daß Talienwan, falls es an Rußland verpachtet werde, dem fremden Handel wie die anderen chinesischen Häfen geöffnet sein werde. Der britische Gesandte in Peking habe die Thatsache dieser Verhandlungen bestätigt und erklärt, es sei kein Anzeichen von irgend einer Form eines Ultimatums vorhanden und, soweit ihm bekannt, keine Zeitgrenze für eine Antwort gegeben, — Curzow erklärte ferner, die englische Regierung habe keine Nachricht, daß die russische Regierung die A leihe der englischen und deutschen Banken bekämpfe; n er (Curzon) höre, werde die Anleihe in Kürze aus geben werden. Der britische Gesandte in Peking hä im Oktober berichtet, daß der russische Geschäftsträg versucht habe, die Absetzung Kinder's als Hauptingenie der Nordbahn Tientsin-Kirin zu erlangen auf Grund ein Versprechens Chinas, sich im Falle der Ausdehnung die Linie zuerst an russische Ingenieure und russisches Kapi zu wenden. Der britische Gesandte habe vom Tsung Yamen die Zusage erhalten, Kinder solle nicht abges werden. — Ueber die angebliche Abtretung d Deer-Inseln an Rußland erklärt Curzon, er ha keine Information darüber. Weiter sagte er: Die V pflichtung der chinesischen Regierung England gegenüb daß es keiner andern Macht irgend einen Theil des Yan tse-Kiang-Thales abtreten werde, beziehe sich auf das G biet der an den Yang-tse-Kiang anstoßenden Provinz Da die chinesische Regierung die betreffende Versicheru abgegeben habe, werde die britische Regierung sie f deren Beobachtung verantwortlich machen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erläuterte der Lo der Admiralität den Marineetat und hielt der englisch Marine eine große Lobrede.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Die Sozialdemokratie und d neue Ministerium. Der sozialdemokratische Ve band des Abgeordnetenhauses trat Donnerstag zu ein Vorbesprechung zusammen, in der die politische Situati zur Erörterung gelangte. Es wurde der Anschauung Au druck gegeben, daß das arbeitende Volk von dem Mi sterium Thun nichts zu hoffen und alles zu fürchten ha Das Ministerium Thun sei eine Regierung des inte national organisirten feudalen und klerikalen Großgrun besitzes gegen das Bürgerthum und vor allem gegen d Arbeiterklasse.

Die modernen Elemente, die dem Ministerium einve leibt wurden, seien bloß bedeutungslose Dekorationsstück Unter diesen Umständen sei es selbstverständlich, daß d sozialdemokratische Verband in die schärfste Oppositi gegen diese Regierung treten werde. Die Sozialdem kraten wünschen, wenn sie auch wenig Hoffnung da haben, daß das Parlament nicht ausschließlich der Scha platz nationalen Haders sein möge, wie in der letzte Session, und daß es möglich werde, die wirthschaftlich und politischen Beschwerden und Forderungen des Volk zur Sprache zu bringen. Dabei wird als selbstverstän lich vorausgesetzt, daß für die Verbrechen am Parlament mit denen die letzte Session schloß, volle Genugthu werde gegeben werden, und daß nicht durch Wiede erscheinen der Hauptschuldigen am Präsidententische d Minderheit wieder provozirt werde. Hingegen werde die Sozialdemokraten darauf bestehen, daß die Veran wortlichkeit aller an der Episode Falkenhayn u ihren Folgen Betheiligten festgestellt werde.

Die Entscheidung über die Frage, ob die Minister anklagen gegen den Grafen Badeni und Herrn vo Gautsch erhoben werden sollen, wurde der nächste Sitzung vorbehalten, an der auch jene Abgeordnete Theil nehmen werden, die heute durch unaufschiebba Agitationspflichten ferngehalten waren. Schließlich wurd beschlossen, die vom Verband bereits in der vorige Session vorgelegten Gesetzentwürfe schon in der erste Sitzung wieder einzubringen. Dazu wird in erster Rei der vollständig fertig gestellte Entwurf eines Gesetzes, b treffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Eise bahnangestellten, kommen.

Bulgarien.

Der Mordprozeß Stambulow. Der Prozeß geg die Mörder Stambulows wurde am Donnerstag i Sofia vor dem Apellationsgerichtshof zu Ende geführ Der Staatsanwalt zog die Anklage gegen Tüfekt schjew selbst zurück, der vom ersten Gericht als d Theilnahme für überführt erklärt worden war. Den gemäß beschloß der Gerichtshof, das erstrichterliche Urthe zu kassiren. Tüfektschjew wurde freigesproche Der Droschkenkutscher Azow wurde zu 3 Jahren G fängniß verurtheilt, wovon 32 Monaten bisher verbüßt Haft in Abrechnung kommen.

Eine frechere Justizposse läßt sich kaum denken. E ist das Land, dessen Fürst den Meuchelmord organisi hat, der die schützende Hand über einen Mädchenmörde hält, der sein Flügeladjutant und der — Freund d Fürstin ist.

Amerika.

Nordamerikanische Kriegsschiffe vor Hongkong. Ei amerikanisches Geschwader ist vor Hongkong e schienen. Auf spanischer Seite wird befürchtet, daß ei Angriff auf Manila, die Hauptstadt der Philippinen geplant sei. Das Geschwader, das in zweimal vierun zwanzig Stunden vor Manila ankern kann, besteht, w die karlistische Korresp. „Alvaro" meldet, aus drei Kreuze schiffen mit je elf Kanonen neuester Konstruktion un zwei Kanonenbooten; seine Bemannung zählt, 82 Offizie eingerechnet, 1235 Köpfe. Die spanische Presse erblic in der Entsendung eines amerikanischen Geschwaders i die Nähe der Philippinen ebenso eine Herausforderun wie in dem langen Aufenthalt des amerikanischen Kreuzer San Francisco mit zwei Kanonenbooten an der portu giesischen Küste. Es ist allerdings bemerkenswerth, da gerade jetzt die Vereinigte Staaten-Flagge in der Näh der Küsten Spaniens und seiner Kolonien entfaltet wird

Asien.

Bei der Auftheilung Chinas will sich Japa seinen Theil sichern. Die „Politische Korrespondenz

meldet aus Petersburg, es errege Aufmerksamkeit, daß die japanische Besatzung in Weihaiwei von 3000 auf 6000 Mann gebracht werde, obwohl China im Mai pünktlich die Kriegsentschädigungsrate zahlen wolle. Auch solle die Hälfte der nächste Jahreseinnahmen Japans für Militär und Marine verwendet werden.

Wenn alle europäischen Mächte nach Möglichkeit zu „pachten" suchen, warum sollte dann Japan weniger begehrlich sein und nicht auch ein größeres Beutestück begehren?

Der japanische Gesandte soll nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Shanghai vorgestern dem Tsungli-Yamen gerathen haben, Rußlands Forderungen abzulehnen, andern Falles würde Japan eine energische Aktion beginnen. Auch dem Bureau Dalziel wird aus Shanghai berichtet, daß sich Japan auf Feindseligkeiten vorbereite; die japanische Flotte sei nach Kokoshu zurückbeordert worden.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 11. März 1898.

Aus dem Reichstage. Die Berathung über die Erhöhung der Subvention an den Bremer Lloyd füllte heute noch die ganze Sitzung aus. Zu besonders lebhaften Debatten kam es beim § 4, zu welchem von den Sozialdemokraten und einigen „Schützern der Landwirthschaft" Anträge gestellt worden waren. Der sozialdemokratische Antrag war vom Genossen Molkenbuhr gestellt und richtete sich gegen die vom Lloyd beliebte Bemannung der Schiffe mit Kulis. Molkenbuhr wollte soviel wie möglich weiße Mannschaften eingestellt wissen schon wegen der Lepragefahr, welche von den Chinesen der übrigen Besatzung droht. Die Schützer der Landwirthschaft wollten landwirthschaftliche Produkte, die mit deutschen Landwirthschaftsprodukten konkurriren, von der Rückfracht ausgeschlossen wissen. In der Kommission waren dieselben oder ähnliche Anträge gestellt worden. Dort hat man aber zu dem beliebten aber nichtssagenden Aushülfsmittel der Resolutionen gegriffen, die noch dazu den Antrag Molkenbuhr erheblich abschwächten. Heute wiederholte sich im Plenum dasselbe Schauspiel. Die Anträge wurden in namentlichen Abstimmungen abgelehnt, die Resolutionen aber angenommen. Unter den agrarischen Antragstellern befand sich ein parlamentarischer Neuling, der in einer Nachwahl gewählte süddeutsche Zentrumsabgeordnete Dr. Heim. Er ist ein recht gewandter Redner und gehört wie er in einer beiläufiger Bemerkung über den Werth von Resolutionen deutlich durchblicken ließ, zu den Gegnern der Flottenvorlage im Zentrum.

Schließlich wurde noch eine Resolution, die von der Regierung die Aufhebung der nach der Kanalisation auf dem Main erhobenen Schifffahrtsgebühren verlangte, angenommen, obwohl sich Graf Posadowsky dagegen erklärt hatte. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag nächster Woche statt. Inzwischen will sich das Centrum über die Flottenvorlage schlüssig machen.

60. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf von Posadowsky, von Podbielsky, Nieberding, Schoenstedt.

Die zweite Berathung der Novelle zum Postdampfersubventionsgesetz wird fortgesetzt beim § 1 der Vorlage, welcher eine Erhöhung der Subvention um 1½ Millionen Mark und die Einrichtung einer 14tägigen Dampfer-Verbindung zwischen Deutschland und China vorsieht.

Dr. Hammacher (natlib.) bestreitet, daß die Vorlage nur dem Lloyd zu Gute komme, wie Abg. Molkenbuhr gestern gesagt habe. Wichtig für den Handel sei die Regelmäßigkeit und Schnelligkeit mit China.

Abg. Richter (freis. Vp.) sieht die Frage nicht als eine nationale an, sondern als eine Zweckmäßigkeitsfrage, und spricht sich gegen eine Erhöhung der Subvention aus. Der Lloyd transportire auf dieser Linie hauptsächlich ausländische Güter, was für ihn kein Vorwurf sein solle, aber doch die Frage auch nicht zu einer nationalen werden lasse. Bleibe noch die Post, die aber nicht verhindern könne, daß man einen bequemeren Weg benutze. Habe doch Herr Tirpitz, weil er es eilig hatte, mit seiner Flottenvorlage nach Berlin zu kommen, den Weg über Amerika benutzt, welcher kürzer ist. (Große Heiterkeit).

Staatssekretair Graf von Posadowsky erwidert auf eine Behauptung des Abg. Richter, daß der Lloyd ausländische Passagiere bevorzugt habe, daß jetzt eine Vereinbarung getroffen sei, wonach das ausgeschlossen sei.

§ 1 wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen, der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen, ebenso debattelos die §§ 2 und 3.

Als § 4 hat die Kommission die Bestimmung in das Gesetz eingefügt, daß die Dampfer für die ostasiatische Linie abwechselnd von Bremen und Hamburg ausgehen müssen

Molkenbuhr (S.) beantragt dazu einen Zusatz, durch den der Unternehmer verpflichtet sein soll, für die Ausreise der Dampfer soviel weiße Schiffsleute anzumustern, als die Dampfer nach dem vom Reichsamt des Innern herausgegebene Handbuch für die deutsche Handelsmarine an Besatzung haben sollen.

Auf Antrag des Abg. Frhr. v. Stumm werden auch zwei von der Budgetkommission gefaßte Resolutionen mit zur Debatte gestellt.

Die eine Resolution will dem Reichskanzler die Befugniß ertheilen, eine Vereinbarung mit dem Lloyd dahin zu treffen, daß landwirthschaftliche Produkte, mit Ausnahme von Taback, Häuten, Fellen und Wolle, welche mit denen der deutschen Landwirthschaft concurriren, von der Einfuhr ausgeschlossen werden. Die zweite Resolution will eine Vereinbarung mit dem Unternehmer dahin getroffen wissen, daß farbige Mannschaften auf der australischen Hauptlinie gar nicht, auf der ostasiatischen Linie nur insoweit als Verwendung Weißer aus hygieinischen Rücksichten unthunlich ist, verwendet werden dürfen.

Eine Resolution des Grafen Inn- und Knyphausen (K.) will dem Reichskanzler ganz allgemein die Befugniß ertheilen, die Einfuhr landwirthschaftlicher Produkte, die mit deutschen concurriren, durch Vertrag mit dem Lloyd vom Transport auf den subventionirten Linien ausschließen und steht ebenfalls zur Diskussion.

Schließlich liegt noch zu § 4 ein Antrag Dr. Heim (Z) vor: Der Unternehmer ist verpflichtet, als Rückfracht nach europäischen Häfen Getreide, Fleisch und Molkerei-Produkte nicht zu befördern.

Hierzu liegt ein Zusatzantrag des Abg. Dr. v. Levetzow (K.) vor, hinter das Wort „Fleisch" das Wort „Wolle" einzuschalten.

Molkenbuhr (SD.): Die Anträge der Herren Dr. Heim und Gen. stehen in eigenthümlichem Widerspruch zu dem ganzen Subventionsgesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einmal sollen die deutschen Steuerzahler Geld hergeben um eine regelmäßige und schnelle Verbindung zwischen Deutschland und Ostasien zu unterhalten, andererseits aber verbietet man ihnen Rückfrachten aufzunehmen, um die deutsche Konkurrenz nicht zu schädigen. — In dem Antrage sind nun vorwiegend landwirthschaftliche Produkte genannt. Aus Ostasien kommen diese ja nun nicht, wohl aber aus Australien. Was sollen dann aber die subventionirten Dampfer aus Australien zurückbringen? Ohne Ladung können sie nicht zurückkehren, sonst wäre die Existenzfähigkeit der Linie auch mit der Subvention in Frage gestellt. Mit demselben Recht könnte auch die Industrie verlangen, dagegen geschützt zu werden, wenn später vielleicht Garn aus Japan in Deutschland eingeführt werden sollte. Uebrigens wird ja immer gesagt, es handle sich hier um möglichst schnell fahrende Schiffe, die könnten nicht so viel Fracht aufnehmen. Nun, dann können sie aber auch nicht viel landwirthschaftliche Produkte einführen. Unter Umständen kann aber der Antrag des Dr. Heim gerade der Landwirthschaft gefährlich werden. Wenn z. B. in Australien ein ganz vorzüglicher Weizen ist, den man hier zur Aussaat haben will, so kann es leicht geschehen, daß er mit den Postdampfern nicht schnell genug hierher kommt, während ihn die schnell fahrenden subventionirten Dampfer nicht befördern dürfen Der Antrag Heim mag vielleicht geeignet sein, gewissen agrarischen Kreisen, die bisher der Vorlage feindlich gegenüberstanden, dieselbe sympathischer zu machen; in Wirklichkeit aber wird durch ihn nichts geändert, die landwirthschaftlichen Produkte Australiens kommen doch zu uns, nämlich auf den nichtsubventionirten Linien. Schließlich kommt noch hinzu, daß man nicht nur Getreide und Fleisch, sondern auch Wolle ausschließen will. Die Wolle braucht aber unsere Industrie sehr nothwendig und es kann sehr leicht kommen, daß sie in Folge des Wolleinfuhrverbots in eine Verlegenheit kommt, aus der ihr auch die deutsche Landwirthschaft nicht helfen kann Ich komme nun zu meinem Antrag. Man hat immer behauptet, daß die Deutschen das Klima in den Tropen nicht vertragen, und in der Kommission wurde ja auch ein Brief eines Schiffsarztes verlesen, wonach die deutschen Arbeiter in den chinesischen Gewässern die Hitze nicht vertrugen. Es ist nun merkwürdig, daß nach Ansicht der Rheder das Klima in den Gegenden zwischen dem 70. und 110. Meridian östlicher Länge die Gesundheit der deutschen Arbeiter ernstlich gefährdet, daß aber in den Gegenden zwischen dem 30. und 40. Meridian westlicher Länge in Südamerika und auch in den australischen Gewässern diese Gefahr für die Gesundheit nicht vorhanden sein soll Woran liegt das? Ja, meine Herren, das liegt ganz einfach daran, daß man in den ostasiatischen Häfen sehr billige Ersatzkräfte in den chinesischen Arbeitern bekommen kann. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) — Ferner muß ich noch auf eine Gefahr hinweisen, die in der Einstellung chinesischer Arbeiter auf deutschen Schiffen liegt, ich meine die Einschleppung der Lepra. Es ist erwiesen, daß z. B. in Kalifornien die Lepra auftrat zu der Zeit, als dorthin Chinesen in großer Masse kamen. Uebrigens ist es durchaus nicht leicht, genau festzustellen, ob Jemand an Lepra erkrankt ist oder nicht. Hat doch selbst der hiesige Professor Bergmann die Lepra an einem ihm zur Untersuchung vorgeführten Manne nicht feststellen können, während es sich später herausstellte, daß der Mann thatsächlich leprakrank war. Wenn dies also Professor Bergmann passirte, wie viel eher werden da Schiffsärzte das Vorhandensein der Leprakrankheit auf dem Schiffe übersehen. Es liegt also eine erhebliche Gefahr vor, daß die Leprakrankheit durch chinesische Arbeiter in die deutschen Häfen eingeschleppt werde. Nun zweifle ich ja nicht daran, daß, wenn es sich um eine Seuchengefahr für Schweine handelte, die große Majorität des Hauses bereit sein würde, die entschiedenen Maßregeln zur Beseitigung der Gefahr zu ergreifen. (Bebel: Sehr wahr!) Hier aber ist ja nur eine Gefahr für den Arbeiterstand vorhanden und da sagt man, ja das muß nun einmal ertragen werden, die Gefahr ist auch nicht so groß u. s. w. Ich meine aber doch, wenn nun einmal das deutsche Volk so große Summe hergeben soll, so muß auch Alles gethan werden, um der Gefahr einer Einschleppung der Lepra in die deutschen Häfen vorzubeugen. — Vielleicht wird man uns Rassenhaß vorwerfen. Natürlich liegt uns so etwas vollständig fern, wir wollen nur die Arbeiter vor der Lepra schützen und erreichen, daß auf den mit deutschem Gelde subventionirten Linien auch deutsche Arbeiter Verwendung finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich bitte Sie, den Antrag Molkenbuhr abzulehnen; die Zahlen des Handbuches wechseln, und es ist wirklich unmöglich, eine Durchschnittszahl festzustellen. Wir werden die farbige Mannschaft auf's Aeußerste beschränken; ganz ausschließen läßt sie sich nicht.

Dr. Heim (Z) befürwortet seinen Antrag; derselbe wolle den deutschen Bauer schützen; man könne nicht wissen, ob die Regierung Agrarfreundlich bleibe.

Dr. v. Levetzow (K.) erklärt sich für den Antrag Heim, zu dem er beantragt, das Wort „Wolle" hinter „Fleisch" einzufügen; die Konkurrenz der australischen Wolle sei besonders gefährlich.

Freiherr v. Stumm (RP.) spricht sich gegen den Antrag Heim aus, der völlig undurchführbar sei. Ein für die Industrie so unentbehrliches Rohprodukt, wie die Wolle, dürfte auf keinen Fall von der Beförderung auf diesen Linien ausgeschlossen werden.

Staatssekretär v. Posadowsky: Ich warne davor im Interesse der deutschen Landwirthschaft Mittel zu ergreifen, welche aber nichts nützen. Deutschland kann seinen Bedarf an Wolle nicht selbst produciren. Der Zeitpunkt für die Einführung des Wollzolles ist verpaßt. Es erscheint mir auch nicht richtig, in einem Augenblick, wo die Vertreter der Landwirthschaft doch auch im eigenen Interesse eine Politik der Sammlung einschlagen wollen, durch ein solches Verlangen eine gewaltige Industrie, wie die Textilindustrie es ist, zu beunruhigen. Die Regierung will für die Landwirthschaft alles thun, was sich zur Zeit thun läßt, sie wird nach Ablauf der Handelsverträge weitere Maßregeln erwägen. Von dem Antrag Heim würde aber die Landwirthschaft positiv nichts haben.

Dr. Hermes (FVp.) erklärt sich gegen alle Anträge, die auch der Landwirthschaft keinen Nutzen bringen würden.

v. Ploetz (K.) Wenn wir als Agrarier für diese Vorlage, die nur der Industrie und dem Großhandel nutzt, im Interesse der Politik der Sammlung stimmen, so ist das eine große Selbstlosigkeit von uns. (Stürmische Heiterkeit links.) Nur geschädigt wollen wir nicht werden durch den subventionirten Preisdruck fremder landwirthschaftlicher Produkte. Daher werden wir für die Anträge Dr. Heim und Genossen stimmen. Von der Annahme bloßer Resolutionen halte ich nichts.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, die Zahl der Resolutionen des Reichstags, denen der Bundesrath in den letzten Jahren Folge gegeben habe, sei doch sehr groß. Die Aufnahme einer Bestimmung über den Ausschluß der Wolle sei ganz unannehmbar.

Dr. Barth (FV.): Die Debatte zeigt, daß es mit der Harmonie der Interessen zwischen Agrariern und schutzzöllnerischer Großindustrie noch gute Wege hat. Die Agrarier muthen uns geradezu eine Politik von Schöppenstedt zu. Auf der einen Seite soll mit dem Gelde der Steuerzahler eine Dampferlinie subventionirt werden, andererseits aber soll eine Bestimmung geschaffen werden, die diejenigen Länder, wohin man die subventionirten Dampfer schickt, zwingen muß, sich feindlich gegen das Unternehmen zu verhalten.

Gräfe (Antis.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Heim und Levetzow stimmen Bloße Resolutionen nützten nichts.

Münch-Ferber (NL.): Der Antrag Heim und Genossen bringt der Landwirthschaft keinen Nutzen, die australische Wolle würde nur 6 Tage später auf nicht subventionirten Dampfern eintreffen. Die deutsche Landwirthschaft ist durchaus nicht in der Lage, den ungeheueren Bedarf der deutschen Industrie an Wolle zu produziren.

Fritzen (Z) erklärt sich gegen den Antrag Molkenbuhr. Weiße könnten im Tropenklima nicht als Heizer benutzt werden. — Vom Verbot der Einfuhr australischer Wolle hat die Landwirthschaft keinen Nutzen. Zu Resolutionen haben wir auch kein allzugroßes Vertrauen. (Hört! Hört!)

In der namentlichen Abstimmung wird hierauf der Antrag Molkenbuhr mit 172 Stimmen gegen 39 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten und einzelne Centrumsmitglieder. Der Antrag Dr. v. Levetzow wird in namentlicher Abstimmung mit 157 Stimmen gegen 47 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmt nur die Mehrheit der Konservativen und ein kleiner Theil des Centrums. — Der Antrag Dr. Heim (Centr.) wird ungefähr mit der gleichen Mehrheit wie der Antrag v. Levetzow abgelehnt. Der § 4 wird in der Kommissionsverfassung mit großer Mehrheit angenommen. Ferner wird die Resolution a mit dem Abänderungsantrag des Grafen zu Inn- und Knyphausen angenommen, ebenso die Resolution b. Gegen beide Resolutionen stimmen Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen Die Resolution beantragt schließlich noch eine dritte Resolution: Der Reichskanzler möge, um dem süddeutschen Binnenlande den Anschluß an die Ausfuhrhäfen zu erleichtern, dahin wirken, daß die Erhebung von Schifffahrtsgebühren auf dem Main unterbleibe.

Nach kurzer Debatte, in der die Abgeordneten Frhr. v. Stumm und Graf Limburg-Stirum dagegen und die Abgg. Dr. Hammacher (natl.), Müller-Fulda und Dr. Heins (Ztr.) dafür eintreten. Graf Posadowsky dagegen erklärt, die Regierung werde der Resolution wohl nicht zustimmen, da es in Preußen Grundsatz sei, nur Kanäle zu bauen, die sich rentiren, wird die Resolution angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. (Zweite Berathung der Militärstrafprozeßreform.)

Schluß 6½ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

12. März.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.
J. A.:
R. Schenk, Lederstraße.

Von dem literarischen Diebstahl des „Gen.-Anz." nimmt endlich auf dem Umweg über Hannover das Amtsblatt Notiz. Der geniale M., wie auch die übrige bürgerliche Presse Lübecks schweigen die mehr als fatale Geschichte todt, und M. schreibt lustig weiter Theaterkritiken. Wir beneiden ihn nur um — — das dicke Fell.

„Hansa" heißt nach einem dem Senate zugegangenen Tirpitztelegramm der jüngste Kreuzer. Wenn nun die Hanseaten nicht mit Hurrah für die Flottenvorlage eintreten — na!

Falsches Geld — Fünf- und Dreimarkstücke — ist im Umlauf.

Vom Tage. Gestohlen wurde von einem Hause in der Beckergrube ein Thermometer. — Untersuchung ist eingeleitet gegen mehrere Schulknaben, welche einem Bürstenhändler Tauben gestohlen haben sollen. — In Haft gerieth ein von der Staatsanwaltschaft Lehe wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgter Arbeiter.

Zum Benefiz für Herrn Regisseur Gustav Burchard findet am kommenden Mittwoch die überhaupt erste Aufführung der Schauspiel-Neuheit „Fata morgana" statt. Zum Schluß giebt es das bekannte Müller'sche Genrebild „Adelaide", bei welchem erste Opernkräfte mitwirken. Herr Burchard hat es durch seine jahrelange Thätigkeit als Regisseur des Schauspiels und Charakterdarsteller an unserer städtischen Bühne bewirkt, daß namentlich die Aufführungen von klassischen Werken auf einer bedeutenden künstlerischen Höhe standen. Möge ein gut besuchtes Haus Herrn Burchard von der Wahrheit des Spruches überzeugen: Kunst bringt Gunst!

Die Buchhandlung „Vorwärts" hat ferner zum 18. März illustrirte Postkarten (Lichtdruck) ausgegeben. Nächster Zeit sollen auch kolorirte Karten ausgegeben werden.

Auf vielfache Anfragen: ob für die Wahlagitation seitens der Parteileitung noch eine Veröffentlichung zu erwarten ist, theils der „Vorwärts" mit, daß sich eine umfängliche Agitationsschrift mit dem nöthigen Material in der Arbeit befindet und Anfang April fertig gestellt sein dürfte. Die Schrift wird in ähnlicher Weise, wie die früheren Agitationsschriften über die Thätigkeit des Reichstages abgefaßt werden, aber sie wird an Umfang mehr als doppelt so stark werden.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 21. März ds. Js., Vormittags 10 Uhr, statt.

Testaments-Eröffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag, den 17. März 1898, Vormittags 10½ Uhr, wird eröffnet werden: das Testament des Steinhauermeisters Johann Heinrich Christian Krecker und seiner hierselbst am 2. August 1895 verstorbenen Ehefrau Margarethe Catharine Magdalene geborene Gothknecht.

Holzverkauf. Forstrevier Behlendorf. Auktion am Mittwoch, den 16. März a. cr. beim Gemeindevorstand Ehlers zu Behlendorf, Vormittags 10 Uhr: 600 Rm. Buchen Kluft- und Knüppelholz, 38 Rm. Birken Knüppelholz, 8 Rm. Hainbuch; Nachmittags 2 Uhr: 150 Haufen Buchen Buschholz, 50 Haufen Fichtenstangenbusch.

Crummesse. Eine öffentliche sehr gut besuchte Volksversammlung fand am Sonntag hierselbst im Lokale des Herrn C. Kruse statt. Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Lübeck, Genosse Th. Schwartz, legte in 2½stündiger

Rede die Ziele der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung der Flottenvorlage dar. Großer Beifall am Schluß zeugte von dem Einverständniß der Erschienenen mit dem von dem Referenten Ausgeführten. In der Diskussion ergriff ein Landwirth das Wort, welcher sich dagegen erklärte, „daß die kleinen Landwirthe keinen Nutzen von den Kornzöllen haben, sondern nur die Großgrundbesitzer." Im Weiteren meinte derselbe, daß die Zölle doch nur von dem Ausland bezahlt würden. Genosse Schwartz erwiderte ihm treffend, daß das letztere doch nur ein Spiel mit Worten sei, denn da das deutsche Reich doch ein Industriereich und auf das Ausland in Bezug auf Brodgetreide angewiesen sei, und es selbstverständlich auch die Zölle bezahlen müsse. Daß die kleinen Landwirthe keinen Nutzen von den Kornzöllen hätten, habe die Wissenschaft klar genug bewiesen. — Im Uebrigen herrschte in der Versammlung eine sehr begeisterte Stimmung und können wir mit dem bisherigen Erfolg sehr zufrieden sein.

Oldesloe. Feuer. Am Freitag Abend um 7½ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt schon wieder durch Feuersignale in Aufregung versetzt. Es brannte das Hintergebäude des Stadtraths E. Wittmack am Pferdemarkt. Obgleich das brennende Gebäude in unmittelbarer Verbindung mit dem Wohnhause stand, gelang es doch den Bemühungen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Man vermuthet Brandstiftung. Diese Vermuthung stützt sich besonders auf den Umstand, daß in dem Gebäude, wo das Feuer zum Ausbruch kam, die Milchkühe des kürzlich abgebrannten Landbürgers Blunk untergebracht waren; es dürfte sich somit wahrscheinlich um einen Racheakt gegen Letzteren handeln.

Hamburg. Rheder-Profite. Wie es mit den während des Hafenarbeiterstreiks von der Rhederpresse herausgerechneten „Verlusten" der Rhederei bestellt ist, zeigt die Jahresabrechnung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft für 1897, nach welcher trotz vieler ungünstiger Geschäftsverhältnisse eine Dividende von 12 Prozent zur Vertheilung gelangen wird. Die „armen" Rhederei-Aktionaire!

Wandsbek. Aus Hinschenfelde. Ein interessanter Prozeß, der bis an die höchste Instanz gelangt ist, hat in den letzten Tagen seinen Abschluß gefunden. Die in Wandsbek wohnenden Fabrikanten Meyer, Perillis und Kock u. Komp., deren Betriebe auf Hinschenfelder Schulgebiet liegen, waren mit ihrem Einkommen theilweise zu den Hinschenfelder Schullasten herangezogen worden, womit die Herren nicht einverstanden waren und deshalb die Schulgemeinde in Hinschenfelde verklagten. In zwei Instanzen erzielten die Kläger ein obsiegendes Erkenntniß, während das Oberverwaltungsgericht in Berlin als letzte Instanz zu Gunsten der Schulgemeinde entschied. Als Vertreter hatte die Gemeinde Pastor Heyer nach Berlin entsandt. In finanzieller Hinsicht ist für die Gemeinde der günstige Ausgang des Prozesses von großer Bedeutung, denn die drei Fabrikanten müssen zusammen etwa 1000 Mk. pro Jahr zu den Schullasten beisteuern.

Teterow. Seit einigen Tagen hat man mit der Herrichtung der hier in der Gnoien-Teterower Bahnstrecke zu erbauenden Torfbrikettfabrik den Anfang gemacht. Zunächst wird nun die Torfmasse vom Buckower Moor verwendet. Das Moor wird mit der Fabrik durch eine Drahtseilbahn verbunden und soll während der nächtlichen Arbeitszeit elektrisch beleuchtet werden. Die Herstellung der Briketts wird nach einem neu patentirten Verfahren erfolgen. Durch Anlage dieses Etablissements bietet s[illegible] den Arbeitern vermehrte Arbeitsgelegenheit, welches [illegible] diese Gegend auch sehr wünschenswerth ist.

Doberan. Am Sonntag waren hier mehrere in d[illegible] Töpferei und verwandten Berufszweigen beschäftig[illegible] Personen zusammengetreten, um sich über Hebung ih[illegible] ökonomischen Lage zu berathen. Nachdem Genosse Bu[illegible] dahn, Rostock, den Anwesenden auseinandergesetzt, d[illegible] nur durch Anschluß an den „Allgemeinen Verein d[illegible] Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands" es möglich s[illegible] bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, wur[illegible] hier eine Filiale des obengenannten Vereins gegründ[illegible] welcher sogleich 18 der Anwesenden beitraten.

Bremen. Bei der Gewerbegerichtswa[illegible] siegte die sozialdemokratische Liste in allen v[illegible] Gruppen der Arbeitnehmer. In zwei Gruppen d[illegible] Arbeitgeber wurden die Kartellkandidaten gewählt. [illegible] haben danach 36, die Innungen 12 Vertreter; wir [illegible] wannen 6 Vertreter.

Stadttheater. Morgen, Dienstag, geht als erste Vorstellu[illegible] im Sonder-Abonnement Carl Maria v. Webers „Freischütz" [illegible] Scene. Es sei übrigens auch an dieser Stelle bemerkt, daß w[illegible] rend die übrigen Plätze völlig zu diesem Sonderabonnement v[illegible] griffen sind, noch für den 1. Rang sowie 1. Parquet einige g[illegible] Plätze vorhanden sind. — Mittwoch: Benefiz für Herrn Regiss[illegible] Burchard.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 12. März

Der Schweinehandel verlief träge.

Zugeführt wurden 340 Stück. Preise: Versandtschweine schw[illegible] 57–58 Mk., leichte 56–57 Mk., Sauen 48–54 Mk. und Fe[illegible] 54–56 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die Geburt einer gesunden kräftigen **Tochter** zeigen hiermit an

J. Maiborg und Frau, geb. Evert.

Parteigenossen!

Am Dienstag den 15. d. M., Nachmittags 1¾ Uhr wird unser Genosse

J. Losch

Sedanstraße 15, beerdigt. Derselbe war ein reges und thätiges Mitglied im 20. Bezirk. Mögen die Genossen ihrer Pflicht eingedenk sein, und dem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen.

Abmarsch vom Vereinshaus präcise 12 Uhr.

Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag den 12. März starb im Allgemeinen Krankenhause in Folge eines Unfalles mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

J. Losch

im Alter von 43 Jahren

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 15. d. M., Nachmittags 1¾ Uhr, vom Sterbehause, Sedanstraße 15 a, aus statt.

Danksagung.

Für die rege Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie Hrn. Pastor Fischer für die trostreichen Worte am Grabe unsern herzlichen Dank.

Wwe. Steinhagen und Kinder.

Zu verm. sof. ein schön möbl. Zimmer

Steinstraße 5, 1. Et

Gesucht zum 1. April in einem kleinen Hausstand ein junges Mädchen, welches außer dem Hause schlafen kann

Reiferstraße 12.

Zu kaufen gesucht ein kleines Haus

vor dem Burgthor mit geringer Anzahlung. Off. unter **S 35** an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht eine guterh. Seekiste

Rosenstraße 17/10.

Kartoffelland ist zu verpachten

Moislinger Allee 84.

Verloren ein Portemonnaie m. Inhalt

am Sonnabend Abend vom Vereinshaus bis Mittelstraße. Abz. g. Bel. Mittelstr 22, 1. Et.

Fliederbeeren

getrocknete, Pfund 30 Pfg.

empfiehlt

B. Harms,

Untertrave 69, Fischergrube-Ecke.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Johannisstraße 50.

Kinderwagen

Puppenwagen Sportwagen Kinderstühle

Grösstes Geschäft am Platz.

Unerreicht in Auswahl und billigen Preisen.

Lübeck, Mengstr. 18. H. Gröper.

Arbeiter-Turner-Bund

Kreis-Turnfest

des III. Kreises

am 25. und 26. Juni 1898

in Lübeck.

Die Gewerkschaften sowie alle Arbeiter-Vereine werden gebeten, bei Abhalten resp. Besprechen von Festlichkeiten obengenannte Tage berücksichtigen zu wollen.

Der Fest-Ausschuss.

Nur

noch kurze Zeit dauert der

Ausverkauf!

in

Porzellan-, Steingut-, Glas- u. besseren Sachen

zu jedem annehmbaren Preise.

Bitte das Schaufenster zu beachten

J. N. Nissen

Breitestraße 21.

Achtung!

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

(Zahlstelle Lübeck.)

Wegen dem am 14. März stattfindenden Vergnügen findet unsere

Mitglieder-Versammlung

nicht am 15. März, sondern

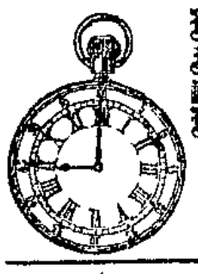
am Donnerstag den 17. März

Abends 8½ Uhr

bei F. Leeke, Lederstrasse 3

statt.

Die Ortsverwaltung.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Hüxstraße 32.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 15. März

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die statistischen Erhebungen pro 1897.
2. Bericht von der Rostocker Konferenz.

Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämmtlicher Kollegen dringend erforderlich.

Gesangverein „Eintracht".

Socialer Abend

am Sonntag den 20. März

bei Herrn Frahm, „Concordia-Garten".

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Einführung gestattet.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Das Fest-Comite.

Achtung!

Kohlenarbeiter

Mitglieder-Versammlung

am Montag den 14. März

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Zimmer Nr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Lohntarif.
2. Fragekasten und Verschiedenes.

Um Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

St. Lorenz-Liedertafel

Socialer Abend

am Donnerstag den 17. März

im Concerthaus Flora.

Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pfg.

Einführung ist gestattet.

Der Vorstand.

Letzte Vorstellung.

Circus Variété.

Dienstag den 15. März

die letzte Vorstellung

Letzter großer Elite-Damen-Abend.

Jeder Herr hat das Recht eine Dame frei einzuführen.

Außerordentliche Vorstellung.

Alle Billets sind gültig.

Sämmtliche ausstehende Billets verlieren mit dem heutigen Tag ihre Gültigkeit.

Heute letzte Vorstellung des fahrend Volk.

Anfang 7½ Uhr.

Stadt-Theater.

Zu dem **Sonder-Abonnement** sind n[illegible] einige gute Plätze im I. Rang und I. Parq[illegible] zu haben. Alles übrige ist vergriffen. Annah[illegible] Schluß heute Abend 8 Uhr.

Stadt-Theater.

Dienstag: 111. Abonn.-Vorst. 3. Abth.: G[illegible]

1. Vorstellung im Sonder-Abonnement.

Der Freischütz

Mittwoch: Außer Abonnement. Schauspielpr[illegible]

Benefiz für Herrn Regisseur **Burchard**

Neuheit! Zum 1. Male!

Fata morgana

Schauspiel in 4 Akten und 1 Vorspiel vo[illegible]

F. Damati.

Dazu: **Adelaide.**

Speise-Halle Hans[illegible]

Mengstraße 24.

Heute: Gerstengrützsuppe, Pflaumen, Ragout, [illegible] toffeln, Compot. (Mittagstisch v. 11½—2[illegible]

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 62. Dienstag, den 15. März 1898. 5. Jahrgang.

Chronik auf das Jahr 1848.

14. März.

Der 14. findet Berlin in steigendem Aufruhr. Gouverneur und Polizeipräsident verbieten durch Plakate alle Versammlungen. Der König empfängt die Deputation der Stadtverordneten. Er giebt jedoch ausweichende Erklärungen; nur die Berufung des Vereinigten Landtages wird auf den 27. April zugesagt und diese Absicht Abends publizirt, was bei den Massen ohne Wirkung bleibt. Es durchwogen gewaltige Menschenmassen die Stadt. Die Truppen werden vielfach verhöhnt. „Bauernjungen, geht heim und freßt Kommisbrod!" ruft es aus der Masse. Die Truppen sind kampfbegierig. Der Schloßplatz wird wieder geräumt. In der Breiten- und Brüderstraße wird von den Kürassirern rücksichtslos in die eingeleiteten Massen eingehauen. Zahlreiche Verwundete werden davon getragen. Am Spittelmarkt werden die ersten Barrikaden gebaut. Infanterie rückt an und nimmt, von einem Steinhagel begrüßt, die Verschanzungen.

Am Wiener Hof hatte wohl die Widerstandspartei etwas Oberwasser bekommen. Es erschien eine Bekanntmachung, in der es hieß: „Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Majestät die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschallleutenant Alfred Fürsten von Windischgrätz zu übertragen und demselben alle Civil- und Militärbehörden unterzuordnen geruht, mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zweck nothwendigen Vollmachten." Dadurch wurden die Wiener aufs Aeußerste gereizt. Neue Deputationen gingen in die Hofburg. Es herrschte wieder beängstigende Aufregung. Nachmittags wurde amtlich versichert, die Zensur sei aufgehoben und die Bürger würden zu einer Nationalgarde zusammengeschlossen und ihnen Waffen ausgeliefert werden. Stürmisch scholl jedoch der Ruf nach Konstitution von den versammelten Massen zu den Fenstern der Hofburg hinauf. Kurz vor 10 Uhr abends erschien eine neue Proklamation, vom Fürsten Windischgrätz: „Ich bin von Sr. Majestät beauftragt, in der in Belagerungszustand erklärten k. k. Residenz Ruhe und Ordnung wieder herzustellen."

Unter großer Theilnahme der Bevölkerung wird die württembergische Kammer eröffnet. Nach Erledigung der dringendsten Geschäfte soll sie aufgelöst werden. In aller Eile wurden Gesetze über Volksbewaffnung und Versammlungsrecht, sowie über Ablösung der Grundlasten angenommen. Der feudale Adel zeigte sich dabei merkwürdig entgegenkommend. Die Feudalherren und die Reichsunmittelbaren hatten sich vorher gegen eine Ablösung ihrer Renten mit 25 pCt. gesträubt. Jetzt, da die Bauern rebellisch wurden, schlugen sie selbst 12—16 pCt. vor.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin macht bekannt, daß er nicht gewillt sei, Petitionen künftig persönlich entgegenzunehmen. Daraufhin nahm die mecklenburgische Bewegung einen ernsteren Charakter an. Es kam zu Tumulten, so daß schon in den nächsten Tagen die Verfügung zurückgenommen werden mußte.

Italien. Der Papst gewährt eine Verfassung. Grundzüge derselben sind eine gewählte und eine ernannte Kammer. Gesetze, die durch beide Kammern gegangen sind, werden dem Kollegium der Kardinäle vorgelegt und endlich nach Berathung in diesem Kollegium vom Papst bestätigt oder verworfen.

15. März.

Die Nachrichten aus Wien waren nach Berlin gelangt und erhöhten die aufrührerische Stimmung. Die von den Stadtverordneten beschlossene und mittlerweile organisirte Institution der bürgerlichen Schutzwache tritt in Kraft. Die Schutzleute haben keine Waffen, sondern als Zeichen der Amtswürde weiße Stäbe. Der Berliner Volkswitz bezeichnete sie alsogleich als „Leichenbitter" und ihre Stäbe als „Ballkellen". Irgend eine Wirksamkeit vermögen sie nicht zu entfalten. Nachmittags nehmen die Zusammenrottungen einen gefährlichen Charakter an. Das vorgehende Militär wird mit Steinwürfen empfangen. Das Volk flieht nicht mehr widerstandslos. An der Ecke der Breitenstraße und Neumannsgasse wird eine Barrikade errichtet, ebenso in der Kommandanten- und Leipzigerstraße. Die Jungfern-, Gertraudten- und Roßstraßenbrücke werden vom Volk aufgezogen. Das Militär feuert über die Spree hinüber. Auch an den Barrikaden wird scharf geschossen. Es giebt Todte und Verwundete.

Auch in Trier, Magdeburg, Erfurt und anderen preußischen Städten fanden am 15. Aufläufe und Zusammenstöße mit dem Militär statt. In Solingen zerstörten die Arbeiter die Gießerei eines verhaßten Unternehmers.

Am Wiener Hof war die Stimmung wieder umgeschlagen, als man die Konsequenzen eines Kampfes mit dem bewaffneten Volk überdachte. Vom Jubel des Volkes umringt, erschien der Kaiser in einem offenen im Schritt fahrenden Wagen auf den Straßen. Die Fahrt glich einem wahren Triumphzug. Der Kaiser weinte, als er sah wie sich die jubelnden Massen um seinen Wagen drängten, ihm die Hände entgegenstreckten und die Pferde auszuspannen versuchten. „Einem so guten Volke dürfe man die verlangte Konstitution nicht vorenthalten", äußerte er. Nachmittags erschien das folgende Manifest:

„Die Preßfreiheit ist durch Unsere Erklärung der Aufhebung der Zensur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. — Eine Nationalgarde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. — Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Zentral-Kongregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen Konstitution des Vaterlandes ist das nöthige verfügt. — Sonach erwarten wir mit Zuversicht, das die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. — Dieser Hoffnung vertrauen wir um so mehr, als wir uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten unseren Vorfahren ununterbrochen und auch uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habt, Euch noch jetzt wie von jeher beseelt.

Wien, 15. März 1848.

Ferdinand."

Ein Jubelsturm erhob sich. In die Hofburg ergoß sich ein Strom von Dankadressen und Dankdeputationen. Vor der Universität knieten die Studenten auf offenem Platz zu einem Dankgebet nieder. Inzwischen war die ungarische Reichsdeputation, die eine Adresse der Magnaten- und Ständetafel nach Wien bringen sollte, angelangt. Abends schwamm die Stadt in einem wahren Freuden- und Feuermeer. In den Vorstädten und der Umgebung freilich röthete sich der Himmel noch immer von brennenden Fabriken. Das Proletariat war unbefriedigt gelassen.

Aus Nah und Fern.

Die unheilvollen Folgen des Submissionswesens traten wieder einmal recht deutlich hervor anläßlich der gerichtlichen Aburtheilung einer am 4. August vorigen Jahres zu Hagenau stattgehabten Baukatastrophe, bei welcher zwei Maurer um's Leben kamen. Angeklagt war der Bauunternehmer Albert aus Schneckenhausen (Rheinpfalz). Ihm war die Ausführung des Neubaues auf Grund eines Angebots von 2500 Mk. im Submissionswege übertragen worden. Um sich dabei nun einen ordentlichen Gewinn zu sichern, stellte Albert das Fundament des Baues, anstatt bis auf den tieferliegenden Letten hinunterzugehen, auf eine 80 Centimeter dicke Moorschicht, unter der sich nochmals eine etwa 60 Cmtr. starke Schlammsandschicht befand. Zum Mauern des Fundaments wurden ferner alte aus einem Abbruch übernommene Backsteine verwendet, die erfahrungsgemäß sich nur sehr schlecht mit dem Mörtel verbinden. Endlich soll auch die im Bau angebrachte Eisenkonstruktion sich als unsachgemäß und gefährlich erwiesen haben. Der geladene Sachverständige, Regierungsbaumeister Wolf, stellte die Verantwortlichkeit des Bauunternehmers fest, auch für den Fall, wenn er unter Leitung eines Architekten gearbeitet hätte. Die Kenntniß und Beobachtung der in diesem Fall gröblich verletzten Bauregeln müsse auch von ihm verlangt werden. Ungenügende oder fehlerhafte Baupläne dürften seitens der Unternehmer gar nicht zur Ausführung angenommen werden. Das Urtheil des Gerichts schloß sich dieser Auffassung an und lautete demgemäß unter Annahme mildernder Umstände, auf eine Gefängnißstrafe von drei Monaten.

Ein Bild aus dem Gegenwartsstaat. Ein Bild bitterster Nothlage zeigte eine vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Leipzig gegen eine in Markranstädt wohnhafte Fabrikarbeiterin geführte Verhandlung. Sie hat, nachdem sie zweimal wegen Diebstahls bestraft worden ist, einem Kaufmann dortselbst aus dessen Geschäftsräumen zwei Stück Emballagen-Leinwand im Werthe von 75 Pfennigen genommen, sowie mehrfach aus dem Futterkasten im Pferdestall M.'s Möhren entwendet, die sie mit nach Hause nahm und mit ihren Kindern verzehrte. Für die Entwendung der Möhren und der Aneignung der Packleinwand wurde die Angeklagte wegen Diebstahls im Rückfall und Genußmittelentwendung zu drei Monaten Gefängniß und zwei Tagen Haft verurtheilt. — Wahrlich ein sprechendes Bild unserer göttlichen Weltordnung! Aber unser Kulturstaat kann stolz sein auf seine Gesetze. Fiat justitia!

Spekulation auf die Dummheit. In dem bei Dortmund gelegenen Dorf Lünen veranlaßte die Frau des Arbeiters Hermann Sonders ihr neunjähriges Töchterchen, eine vom Teufel Besessene zu spielen. Zu dem Zwecke versah sie das Kleid des Kindes mit zwei Reihen Knöpfen, die, wenn das Mädchen am Tische saß, beim Heben und Senken der Brust durch Reiben an der Tischkante ein eigenartiges Geräusch hervorriefen. Auch mußte das Kind den Poltergeist spielen. Es dauerte nicht lange, so war die Spukgeschichte in Lünen bekannt. Jeden Abend war das Haus von den Neugierigen umlagert, und mancher Groschen wurde der Mutter zum Besten des besessenen Kindes eingehändigt. Die Polizei machte dem Spuke bald ein Ende. Das Mädchen gestand, daß es von seiner Mutter gezwungen worden sei, die Besessene zu spielen, um Geld für Branntwein zu erlangen. Das Schöffengericht verurtheilte die Frau wegen groben Unfugs zu vier Wochen Gefängniß.

Aus dem Thierleben. Der Rittergutsbesitzer Hettner in Pombsen besitzt seit mehreren Jahren ein zahmes Reh (Ricke), welches sich im Gehöft und Garten aufhält und als Nachtlager eine Kammer benutzt, welche sich auf dem Heuboden über dem Kuhstall befindet, zu welcher eine 7 Meter lange Treppe hinaufführt. Sobald der Abend hereinbricht, begiebt sich das Thier mit ein paar Sätzen hinauf in sein Schlafgemach. In dieser Kammer hat das Thier bereits zwei mal drei Junge geworfen und zwar jedesmal zwei Kitzchen und ein Böckchen. Sobald die Thiere groß sind, führt die Alte sie hinaus in den Wald und kehrt nach kurzer Zeit ohne dieselben zurück. Im November vorigen Jahres nun hatte sich auch das alte Thier verloren und kehrte nicht mehr zurück. Man hatte sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß es auf irgend eine Weise sein Leben eingebüßt habe. Da, an einem Sonnabend, in der Mittagsstunde, kam das verloren geglaubte Thier in voller Flucht in das Gehöft, suchte sich die Thür nach dem Heuboden auf und begab sich in sein altes Schlafgemach. Nach kurzer Rast war es wieder unten und bewegte sich unter den Hofbewohnern furchtlos umher. Da es am Sonntag gar

Ueber afrikanische Greuel.

(Schluß.)

Dieses entsetzliche Schauspiel war in Buluwayo selbst, am Sitz der Regierung und der Nahrungsunterstützung. Mr. Colenbrander, der auch Generaldirektor der Gesellschaft ist, die in Rhodesia seinen Namen trägt, wurde von dem Interviewer in dem Bureau der Firma Colenbrander u. Comp. getroffen, während er die meisten seiner „Jungen" ablöhnte. „Ich habe sehr viel Arbeit, allein ich kann es nicht übernehmen, sie mit Mehl zu versorgen, wenn der Sack Mehl 13 Pfd. Sterl. kostet, und so bin ich genöthigt, sie zu entlassen." Was war ihr Schicksal, nach der Entlassung? Es wird vielleicht geltend gemacht, daß, zugegeben, daß das Land jetzt von der Hungersnoth heimgesucht ist — daß die Vernichtung des Getreides unvermeidlich, und daß es ein im Krieg übliches Verfahren war, für daß die Eingeborenen die Verantwortung tragen, und daß man seitdem mit Erfolg bemüht gewesen sei, der Hungersnoth Herr zu werden. Ich will blos auf den zweiten Punkt eingehen, der allein einer Widerlegung bedarf.

Drei Tage vor dem „entsetzlichen Schauspiel" berichtet der Gouverneur der Kap-Kolonie, Graf Grey, in seinem Briefe vom 16. Oktober (in den „Times" am 28 November 1896 veröffentlicht): „Jetzt ist der einzige Feind (in Matabeleland), den wir zu bekämpfen haben, der Hunger. . . . Die Berichte, die nach Buluwayo kommen, beweisen, daß unter den Eingeborenen der Nahrungsmangel schon sehr groß ist und wahrscheinlich vor Ende des Jahres noch weit größer werden wird. Allein — so tröstet sich der Herr Graf — wie mir gesagt wird, werden die Eingeborenen im Stande sein, nach dem 1. Januar ihr Leben zu fristen, indem sie die ersten Früchte des Feldes (Spinat?) pflücken, die gleich nach dem Regen wachsen." (Es wird das nächste Jahr noch um vieles schlechter sein, sagt Herr Colenbrander nach den Berichten.) Graf Grey bespricht dann die Lieferung von Nahrungsmitteln aus öffentlichen Mitteln und schließt: „Wir haben Nahrungsmittel genug („auf dem Transport"), um ungefähr 40 000 Eingeborene drei Monate lang zu erhalten . . . für den Tag 1 Pfund auf den Kopf." — In dem Geschäftsbericht der Südafrikanischen (Rhodes'schen) Gesellschaft für das Jahr 1894/95, S. 77, wird die eingeborene Bevölkerung von Matabeleland auf 160 000 geschätzt. In vierzehn Tagen oder drei Wochen „erwartet Graf Grey die ersten Lieferungen dieser Nahrungsmittel." Wie viele Menschen aber mußten verhungern, während die erwarteten Frachtwagen sich „auf der endlosen Fläche einer unfruchtbaren Wildniß, die, wie Mr. Selons sagt, noch zwischen Matabeleland und der nächsten Eisenbahnstation liegt", sich langsam heran bewegten! Und die Berechnung des Grafen Grey schließt die Million Pfund verschiedener Mehlsorten ein, die Mr. Rhodes erwähnte, und die, wohlgemerkt, nur der sechste Theil dessen sind, was Mr. Chamberlain in London zwischen Juni und Dezember für nöthig hielt, „um die durch die Rinderpest und den Heuschreckenfraß, ohne den Krieg, in dem benachbarten Gebiet von Bechuanaland hervorgerufene Hungersnoth etwas zu mildern." (Siehe die Parlamentsverhandlungen in den Londoner Tageszeitungen vom 9. Juni 1896.) Um von irgend welchem Nutzen zu sein, hätte mit Verproviantirung des Landes zwölf Monate vorher begonnen werden müssen.

Die „Times" vom 17. Juli 1896 schildert in einem Leitartikel den Ausbruch der Rinderpest im März und bemerkt: „Der Schlag trifft die Eingeborenen in einer kritischen Zeit. Der schlechten Ernte des vorigen Jahres in den Schutzgebieten ist dieses Jahr eine vollständige Mißernte gefolgt; und schon ehe die Rinderpest ausbrach, hatten einzelne Häuptlinge der Eingeborenen um Unterstützung nachgesucht. In Matabeleland und Maschonaland war der Stand der Dinge augenscheinlich ganz der gleiche."

Unter diesen Verhältnissen und vor der Rinderpest und vor dem Aufstand trafen die britischen Machthaber Maßregeln, welche die Lieferung von Nahrungsmitteln an die Eingeborenen verminderten. Die „Times" vom 5. Juni 1896 berichtet von einer Anfrage im Unterhause, „betreffend das Vieh, das, wie man sagte, von der Südafrikanischen Gesellschaft gegen den Schluß des letzten Jahres den Matabeles solle genommen worden sein." In der Erwiderung des Sekretärs der Kolonien heißt es: „Ich habe keine amtliche Nachricht davon, daß gegen Schluß des vorigen Jahres den Matabeles Vieh genommen worden wäre; dagegen habe ich einen Bericht, daß man in der Kolonie anfangs dieses Jahres sehr erfreut war, einiges Vieh von den Matabeles zurückzuerhalten." Diese Antwort war keine Verneinung der Frage. Sie beschränkte sich blos auf einen Theil — während die Frage auch den anderen Theil desselben Geschäfts berührte.

Das wird klar, wenn man das später veröffentlichte Blaubuch betrachtet. Es findet sich da eine Darlegung des Grafen Grey vom 23. Juni 1896, welche zeigt, daß die fragliche Transaktion (Geschäft) ihren Anfang nahm, als die „Gesellschaft" von Matabeleland Besitz ergriff und beanspruchte, daß „des Königs Vieh"*) („fast alles Vieh im ganzen Lande") durch das Recht der Erobe-

* D. h. das nicht dem einzelnen, sondern der Gesammtheit, dem Staat, dem Stamm gehörige Vieh.

nicht zum Vorschein kam, begab sich am Montag Herr Heitner zu der Lagerstätte derselben. Zu seiner größten Freude gewahrte er, daß das getreue Thier wiederum drei Jungen das Leben geschenkt habe, und zwar sind es diesmal drei muntere allerliebste Böckchen.

(„Ibis.")

Ein „heiteres" Vorkommniß. Unter diesem Stichwort schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten": Auf Veranlassung des königlichen Staatsministeriums werden zur Zeit in allen bayerischen Schulen Erhebungen über die gewerblichen Lohnarbeiten der Kinder unter 14 Jahren gepflogen. Als dieser Tage in einer fränkischen Kreishauptstadt der Oberlehrer die Oberklasse betrat, um Ermitelungen anzustellen, fiel ihm sofort ein Knabe auf, der sehr übernächtig aussah und jeden Augenblick einschlafen zu wollen schien. Auf die Frage, warum er denn ungewaschen und ungekämmt sei und in einem fort gähne, erwiderte der Knabe, er habe Nachts bis um 2 Uhr Kegel aufstellen müssen. Der Oberlehrer bemerkte, daß er das nicht dulden könne und sofort dem Herrn Rechtsrath X davon Mittheilung machen werde. Darauf entgegnete der Knabe: „Ja, der Rechtsrath X. weiß es ja schon, der kegelt ja jeden Abend selbst bis 2 Uhr mit." — An diesem Vorkommniß finden wir gar nichts Lustiges, sondern es ist vielmehr sehr traurig, daß der Herr Rechtsrath, wie wahrscheinlich die meisten Leute seinesgleichen, sich so wenig um das leibliche und geistige Wohl der ärmeren Jugend kümmert.

Kein Gedenkstein für Robert Blum. Der Wiener Gemeinderath hat an demselben Tage, an dem er eine Glückwunschadresse an den Papst beschloß, die Veranstaltung einer Feier zum Andenken an die Märztage von 1848 abgelehnt. Das freut uns aufrichtig, denn in Gesellschaft der Herren Lueger und Genossen hätten wir die Erinnerung an das große Freiheitsjahr nur sehr ungern begehen mögen. In der gleichen Sitzung des Wiener Gemeinderaths wurde von Mitgliedern der Minorität auch folgender Antrag eingebracht: „Am 9. November 1848 wurde das Mitglied des Frankfurter Parlaments Robert Blum zu Wien in der Brigittenau erschossen. Kein Gedenkstein ziert den Platz, wo der heldenmüthige Märtyrer sein Leben lassen mußte. Die Gemeinde Wien trägt nur eine Ehrenschuld ab, wenn sie zur Erinnerung an Robert Blum einen Gedenkstein an der Stelle errichtet, wo er getödtet wurde. Es wird daher der Antrag gestellt: Zur Erinnerung an Robert Blum und seinen heldenmüthigen Tod errichtet die Gemeinde Wien einen Gedenkstein an der Stelle, wo er erschossen wurde." — Dieser Antrag wurde an den klerikal-antisemitischen Stadtrath verwiesen, der über die „Ehrenschulden" der Gemeinde Wien höchstwahrscheinlich anderer Meinung sein wird als die Minorität des Gemeinderaths. Wir wetten: der Wiener Stadtrath wird den Gedenkstein nicht errichten, sondern vorziehen, ihn auf Robert Blum zu werfen.

Eine Naturmerkwürdigkeit Amerikas ist der von dem Missionar Tossi entdeckte See Salawik. Er liegt in dem durch seine Goldfelder in jüngster Zeit so bekannt gewordenen Alaska, mißt 60 Meilen in der Breite und dürfte der einzige See im hohen Norden sein, der im Winter nicht zufriert. Das ist das Merkwürdige, daß die Temperatur seines Wassers im Winter derart steigt, daß es in der That ein Vergnügen ist, in ihm zu baden, während er im Sommer kälteres Wasser führt. In Folge dessen ist er im Winter der Sammelpunkt für eine Unzahl von Fischen. In einer Stunde kann sich ein Mann mit Leichtigkeit für mehr als einen Monat mit Fischen versorgen. Der See wird theilweise durch heiße Quellen gespeist; während des Sommers, wenn das Eis der Gletscher schmilzt, führen die in den See mündenden Bäche und Flüsse das kalte Gletscherwasser in großen Mengen zu, und dadurch wird die Wassertemperatur sehr erniedrigt, während im Winter die Gletscherbäche zufrieren und der See nur dann auf die warmen Quellen angewiesen ist. Außer dieser Eigenschaft hat der See noch die weitere, daß genau zu derselben Zeit sein Wasser steigt und sinkt, zu welcher Ebbe und Fluth in dem nicht zu fernen Eismeer eintritt, was auf eine Verbindung mit demselben hinweist.

Lübeck und Nachbargebiete.

14. März.

Bremen. Zum 8. März schrieb die „Bremer Bürgerzeitung; Heute vor fünfzig Jahren wurde der Absolutismus des bremischen Senats, dieses politischen Ausdrucks der allmächtigen Alleinherrschaft der Großkaufmannschaft, durch den Ansturm der bremischen Bevölkerung aus seiner Stellung gedrängt.

Das ist ein Ereigniß, dessen die bremische Bevölkerung am heutigen Tage gedenken muß. Sie ist dazu verpflichtet, weil es im Zeitalter wogenden Klassenkampfes sehr nützlich ist, jede Volksgroßthat mit ehernen, leuchtenden Lettern dem Gedächtniß einzuprägen, und weil jene Aeußerung der Volkskraft unseres republikanischen Kleinstaates eine Art Stichwort ist, um Wissende und Nichtwissende durch den Vergleich der Errungenschaft jenes Tages mit den Zuständen, unter denen der Bremer heute lebt, über das Wesen des bremischen Staates und über die politischen Aufgaben diesem Staate gegenüber ernsthaft zu erinnern.

Der 8. März 1848 entfesselte in Bremen große Begeisterung für große ideale Prinzipien. Bürgerliche Kreise schwärmten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, aber während dieses Jubels war hinter den Kouliffen das Großkapital auf der Lauer, seine verloren gegangene Alleinherrschaft, die Herrschaft des Rechts der Ausbeutung des Staates zu seinen kapitalistischen Zwecken wieder zu erschleichen. Die Zeit war dieser Klasse günstig. Was im Einzelnen Stück für Stück vorbereitet war, wurde vier Jahre später durch den Staatsstreich vollendet. Von den demokratischen Errungenschaften blieben nur Bruchstücke übrig und das wichtigste Recht des Volkes, das allgemeine gleiche Wahlrecht, wurde zu einem Unikum von Wahlrecht entstellt. Man ließ freilich das allgemeine Wahlrecht, aber die Gleichheit beseitigte man. Die Klasse der Großkaufmannschaft pflanzte eine Sondervereinigung der durch den Besitz Privilegirten dem Baume des allgemeinen Wahlrechts auf und vernichtete dadurch jede Möglichkeit, daß der Stamm des allgemeinen Wahlrechts Zweige, Blüthen und Früchte demokratischer Art zu entwickeln im Stande sein konnte.

Der bremische Staat ist zum ausgesprochenen Bourgeois-Klassenstaat geworden, der das Volk, um die Worte des „Bremischen Volksfreundes" vom 8. März 1851 zu gebrauchen, als ein Betriebsmaterial benutzt, aus dem der größtmöglichste Nutzen zum Vortheil einiger Geschäftsunternehmer zu ziehen ist. Die ganze Politik der besitzenden Klasse Bremens dreht sich nur um den einen Punkt, dem Großhandelskapital eine ganz besondere Beihülfe zur Förderung seiner kapitalsammelnden Interessen durch die Organisation des Staates zu sichern. Wo sie dem geringen Besitz einen Bissen aus der Krippe zuwirft, da geschieht es aus dem einen Grunde, die Steuerkraft der Bevölkerung zu erhalten. Sie giebt, um beständig zu nehmen. Würde diese Steuerkraft versiegen, dann hörte mit einem Schlage das Interesse der gesammten besitzenden Klasse an der Existenz des bremischen Staates auf.

Bremen ist ein von einer schlau ihre Manöver verdeckenden Plutokratie beherrschter Staat geworden. Von dem vor fünfzig Jahren Errungenen hat weder die Mittelklasse noch die Arbeiterklasse nennenswerthe Theile gerettet. Die politische Ohnmacht ist das gerettete Erbtheil, eine Ohnmacht, die in der grellsten Weise verstärkt ist durch den Ausschluß aller derjenigen Elemente von der Betheiligung an der Gesetzgebung des Staates, die nicht die hohen Kosten anzuwenden vermögen, das Bürgerrecht zu erwerben. Die politische Rechtlosigkeit der Majorität der Nichtbesitzenden, die Brandmarkung der Armuth als einer gesellschaftlichen Schande, das ist das kennzeichnende Thürschild, das den Eingang zu diesem plutokratisch regierten Staate bildet.

Große sozialpolitische Aufgaben hat die Neuzeit entwickelt und den Staaten zugeschoben. Aber greifen sie diese Aufgaben etwa auf? Greift der bremische Staat mit Begeisterung nach der Arbeit, zu der diese humanen Ziele ermahnen und ermuntern? Nein, und abermals nein! Das paßt ja nicht in das Programm der Plutokratie, die den Staat nur als melkende Kuh gebrauchen will, die ihn mit Steuergroschen versorgt. Die Durchführung sozialer Reformen aber kostet Geld, und deßhalb diese intensivste Abneigung, den Reformen näher zu treten. Der Selbsthilfe, der Hilfe durch Vereine weist man stillschweigend die Erledigung wichtiger Aufgaben, die immer drängender nach der Hilfe des Staates schreien, zu. An diesem Punkte aber wird die Opposition einsetzen, wenn ihr dies Ziel durch den wirthschaftlichen Ruin unseres Kleinstaates, durch den in Folge der Tendenzen der Plutokratie herbeigeführten Ruin der politischen Selbstständigkeit zu erreichen unmöglich gemacht wird, — hier wird die Opposition gegen das herrschende Regiment in wachsender Stärke einsetzen und Erfolge, welche nicht ohne politische Nachwirkung bleiben können, erringen.

Wir blicken auf jenen Tag, der heute 50 Jahre hinter uns zurückliegt, mit dem Auge des aus der Geschichte Lernenden hin. Wir durchschauen die wirthschaftlichen Gründe, die damals zur Zertrümmerung der demokratischen Errungenschaft führen mußte. Wir wissen auch, daß damals bereits die Arbeiterschaft Bremens stark in die Bewegung eingriff, und wissen auch, weßhalb ihre Wünsche damals vergeblich auf Erfüllung hofften. Aber heute steht die Arbeiterschaft Bremens in eindrucksvoller Mächtigkeit des Umfanges ihrer Bewegung auf dem Plane. Sie hat die alten, vom Bürgerthum fallen gelassenen Forderungen wieder aufgenommen und sie ist die Vorkämpferin eines Programms, das mit gebieterischer Stimme die einschneidensten politischen und alle jene von der Neuzeit entwickelten sozialpolitischen Reformen fordert und zu erkämpfen bereit ist.

Die Sozialdemokratie ist die Trägerin dieses Programms und sie wird zunächst den Liberalismus in Bremen aus dem Sattel heben. Sie hat den Kampf gegen die bremische Plutokratie aufgenommen und ihr wird es gelingen, diesen Kampf siegreich durchzuführen. Der Fortschritt ihrer Bewegung in ganz Deutschland, in allen kapitalistischen Staaten der Welt, ist der Bürge für die Treffsicherheit dieser Zuversicht.

Von diesen Gefühlen beseelt, grüßen wir am heutigen Tage Diejenigen, die ohne zu wanken, vor fünfzig Jahren den Kampf gegen die bremische Geldmacht aufnahmen. Daß sie nach errungenem Siege unterlagen, kann dem Ehrenschilde, den sie sich durch den kühn aufgenommenen Kampf erworben haben, keinen Makel anhängen. Es giebt Erben, welche ihr Andenken in Ehren halten werden.

---

rung nun das Eigenthum der britischen Süd-Afrika Gesellschaft geworden sei, obgleich den Eingeborenen erlaubt wurde, auch fernerhin das Vieh in ihrer Obhut zu behalten. Mr. Selous stellt auch fest, daß „nach der ersten Konfiskation („sofort nach dem Krieg") das in dem Land noch übrig gebliebene Vieh — ungefähr 90 000 Stück mit dem Brandzeichen der „Gesellschaft" versehen und den Eingeborenen zur Obhut überlassen wurde. („Sonnenschein und Sturm", S. 7.)

Nach dem Bericht des Ober-Kommissars wurde dieses „Königs-Vieh" (oder Gesellschafts-Vieh) „verschiedentlich geschätzt, von 200 000 aufwärts". „Die erste Konfiskation schloß vermuthlich die Hälfte des gesammten Viehstandes ein, welche als berechtigte Beute für alle, die an dem Krieg theilgenommen hatten, beansprucht ward". Das würde den Rest auf mehr als 100 000 Stück über die Schätzung des Mr. Selons bringen. Aber auf der oben angeführten Seite erwähnt Mr. Selons auch „die periodische Wegnahme von Vieh in kleiner Anzahl durch die Chartered-Company (Südafrikanische Gesellschaft) — Wegnahmen, die nach der ersten Konfiskation erfolgten.

In dem Bericht der Gesellschaft für 1894—95, S. 77, wird das Vieh, das den Eingeborenen von der Gesellschaft zur Aufbewahrung (in trust) gegeben war, auf 79 500 Stück geschätzt.

Schließlich fährt Graf Grey in seinem schon angezogenen Bericht fort: „Letzten Oktober (1895) war bestimmt worden, daß eine ausreichende Menge Vieh unter die Matabeles vertheilt werden und ihnen als ihr Eigenthum übergeben werden sollte. . . . Durch diese Vertheilung kamen 40 930 Stück Vieh in den Besitz der Eingeborenen, der Rest — 32 000 Stück — blieb das Eigenthum der Britischen Südafrikanischen Gesellschaft . . . Die Vertheilung war beinahe vollendet, als die Rinderpest ausbrach."

Die Gesammtzahl des Viehes zu dieser Zeit war also 72 930 Stück — 6570 weniger als selbst die 79 500, welche die Gesellschaft ein paar Monate vorher angegeben hatte. Was man offiziell als eine „Vertheilung von Vieh unter den Eingeborenen" angesehen haben wollte, erschien Beobachtern an Ort und Stelle in einem andern Licht.

Die „Times" vom 2. April 1896 läßt den Reverend (Titel der Geistlichen) Mr. Helm sagen: „Es war am Ende des vorigen Jahres so angeordnet, daß die „Gesellschaft" von allem im Lande verbliebenen Vieh fünf- und vierzig Prozent nehmen sollte."

Mr. Selons erzählt uns, daß die Regierung beschloß, zwei Fünftel zu nehmen." („Sonnenschein und Sturm.")

Abgesehen von jeder Frage über das Eigenthumsrecht an das noch übrige Vieh, das heißt auch wenn es nach der „Vertheilung" den Matabeles erlaubt war, die 32 000 Stück Vieh, die das „Eigenthum der Gesellschaft" blieben, in ihrer Obhut zu behalten, — ganz abgesehen hiervon zeigen doch die Auszüge, welche ich gegeben habe (und die Autoritäten, auf welche ich mich bezogen habe, sind Lord Loch, der Oberst Kommissär, Mr. Selons, der amtliche Bericht der Britischen Südafrika-Gesellschaft und Graf Grey): daß in den zwei Jahren 1894 und 1895 das Vorgehen der Briten, indem es den Viehbestand von über 200 000 auf 72 930 Stück, also um beinahe zwei Drittel verminderte, auch in gleichem Maße die Vorräthe und Nahrungsmittel vermindert hat — nicht allein an Fleisch, sondern auch an Milch, welche die Eingeborenen bis dahin von dem „Königs Vieh", d. i. dem Vieh, welches dem Stamm gehörte, frei erhielten, ebenso wie von dem Vieh, das den Einzelnen persönlich gehörte.

Und geronnene Milch ist ein Hauptnahrungsmittel der eingeborenen Frauen und Kinder.

Daß auf diese Weise „periodisch", „zu einer kritischen Zeit", wo Trockenheit und Heuschrecken die Ernte fast vernichtet hatten, vor dem Aufstand und vor der Rinderpest, bei vollständiger Kenntniß der Transportschwierigkeiten — daß unter diesen Umständen der Vorrath an Lebensmitteln vermindert wurde, dies allein unter völliger Außerachtlassung der zwei „Kriege" und der aus ihnen sich ergebenden Zerstörung des Getreides rechtfertigt vollauf die von mir erhobene Anklage: daß die Briten die Hungersnoth in Matabele vorbereitet und ihr den Weg gebahnt haben. Harriet E. Colenso."

Dies die wuchtige, erschütternde Anklageschrift der tapferen Weibes, die von ihrem Vater, einem der seltenen Männer, für die Christenthum: Menschenthum und Menschlichkeit in Wort und That bedeutet, den Opfermuth und die zähe Standhaftigkeit ererbt hat und das Recht von den Letzten — den traurigen Ueberbleibseln — der Matabele- und Zulukaffern als „Mutter" und „Schwester" verehrt wird. Zu widerlegen war da nichts. Der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären, erfüllte sich hier an den unglücklichen Eingeborenen.

Die vorausgesehene neue Mißernte ist gekommen und die unvermeidliche neue Hungersnoth, die nur die Fortsetzung der alten war, hat den blühenden, für wirkliche Kultur so empfänglichen Stamm der Matabele fast vollständig weggerafft, aufgerieben, vertilgt. Die spärlichen Ueberreste, die man neuerdings als „Aufrührer" vor die Maxim-Kanonen zu bringen sucht, werden bald verschwunden sein. Und das hat die kapitalistische Gesellschaftsordnung gethan!

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.